

Verantwortl. Redakteur: N. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: N. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mt.
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Petitzeile oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Beilagen 30 Pf.

Stettiner Zeitung.

Freitag, 3. Mai 1895.

Annahme von Inseraten Kirchplatz 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren
Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasensteins & Vogler
G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Berth. Arndt, Max
Gerstmann. Elberfeld W. Thienes. Greifswald G. Illies.
Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A.
Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frank-
furt a. M. Meiner. Eiser. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Abend-Ausgabe.

Gesekentwurf, betr. die Fürsorge für Hinterbliebene von Personen des Soldatenstandes des Reichs- heeres und der Marine.

Die Fürsorge für die Hinterbliebenen der
Personen des Soldatenstandes des aktiven Heeres
und der aktiven Marine vom Feldwebel abwärts
entbehrt bisher einer gesetzlichen Regelung, auch
fehlen die Mittel, um diesen Personen in ange-
messener Weise zu helfen, da die Fonds, aus denen
in besonders dringlichen Fällen kleinere Unter-
stützungen gewährt werden können, sehr gering bemessen
sind. Die Wohlthaten des Militärpensionsgesetzes
vom 27. Juni 1871 kommen nur den Hinter-
bliebenen von Kriegsteilnehmern zu Gute, die
Reuten des Fürsorgegesetzes vom 15. März 1886
sind nur bei gewissen Betriebsunfällen zu Gunsten
und das Militärhinterbliebenengesetz vom 17. Juni
1887 beschränkt sich bei den Unterlassen des
Reichsheeres nur auf einen kleinen Kreis (Zugs-
führer u. s. w.). Um diesem Mangel abzuhelfen,
ist nunmehr ein Gesekentwurf ausgearbeitet und
heute vom Bundesrath angenommen worden, der
sich im Allgemeinen den Grundsätzen des Militär-
hinterbliebenengesetzes anschließt und die Fürsorge
auf die Hinterbliebenen aller Personen des Sol-
datenstandes vom Feldwebel abwärts ausdehnt.
Ebenso wie bei den Offizieren, Leuten und Be-
amten des Heeres und der Marine die Pensions-
berechtigung und das Recht auf Pensionsverfugung
im Allgemeinen nach einer Dienstzeit von zehn
Jahren erworben wird, so sollen nunmehr auch
unter derselben Voraussetzung die Hinterbliebenen
der Mannschaften vom Feldwebel abwärts zum
Bezuge von Wittwen- und Waisengeld berechtigt
sein. Ist der Tod des Vaters oder Ehemannes
die Folge einer bei Ausübung des Dienstes ohne
eigene Verschuldung erlittenen Verwundung, so
soll das Wittwen- und Waisengeld auch schon
bei kürzer als zehnjähriger Dienstzeit und selbst
dann zufließen, wenn der Betreffende zur
Zeit seines Todes dem aktiven Heere oder der
Marine nicht mehr angehört hat, aber vor Ablauf
von sechs Jahren nach der Entlassung aus dem
aktiven Dienste verstorben ist. Das Wittwengeld
ist auf 160 Mark jährlich, gleichviel welcher
Charge der Ehemann zur Zeit seines Todes an-
gehört, beziehungsweise ob und welche Pension
er bezogen hat, das Waisengeld für Kinder, deren
Mutter lebt und zur Zeit des Todes des Ehe-
mannes zum Bezuge von Wittwengeld berechtigt
war, auf 32 Mark für jedes Kind, falls die
Mutter nicht mehr lebt oder zur Zeit des Todes
des Ehemannes zum Bezuge von Wittwengeld
berechtigt war, auf 54 Mark jährlich festgesetzt. Für die
Hinterbliebenen derjenigen Mannschaften, denen
eine mehr als zwölfjährige pensionfähige Dienst-
zeit zur Seite steht, soll sich das Wittwen- und
Waisengeld für jedes Jahr bis zum vollendeten
40. Dienstjahre um 6 1/2 v. H. der angegebenen
Sätze erhöhen. War die Wittve mehr als
15 Jahre jünger als der Verstorbene, so soll das
Wittwengeld für jedes angefangene Jahr des
Altersunterschies über 15 bis einschließlich 25
Jahre um ein 1/10 gekürzt werden. Keinen An-
spruch auf Wittwengeld soll die Wittve haben,
wenn die Ehe mit dem Verstorbenen innerhalb
dreier Monate vor dessen Ableben geschlossen und
die Ehescheidung zu dem Tode erfolgt ist, der
Wittve den Bezug des Wittwengeldes zu ver-
schaffen, sowie dann, wenn die Ehe erst nach der
Entlassung aus dem aktiven Dienst oder nach
Feststellung der Dienstbeschädigung geschlossen ist.
In diesem Falle soll auch den Kindern kein
Waisengeld zufließen. Ebenso soll kein Anspruch
auf Wittwen- und Waisengeld geltend gemacht
werden können, wenn der Verstorbene wegen Ver-
rats, Landesverrats, Kriegsverrats oder
wegen Verraths militärischer Geheimnisse rechts-
kräftig zu Zuchthausstrafen verurtheilt ist. Das
Recht auf den Bezug des Wittwen- und Waisen-
geldes erlischt für jeden Berechtigten mit dem
Ablauf des Monats, in dem er sich verheiratet
oder stirbt, für jede Wittve außerdem mit dem Ab-
lauf des Monats, in dem sie das achtzehnte
Lebensjahr vollendet.

Deutschland.

Berlin, 3. Mai. Bei der Erörterung der
die Sonn- und Festtagsruhe betreffenden Bestim-
mungen der Gewerbeordnung-Novelle von 1891
findet die konservative Partei und das Zentrum ge-
warnt worden, das religiöse Moment in dieser
Rechtsfrage nicht zu stark hineinzutragen. Die
Warnung war insofern fruchtlos, als beide Par-
teien Verhärthungen der von der Regierung bean-
tragten Vorschriften über die Sonntagsruhe im
Handelsgewerbe herbeigeführt haben. Diese Par-
teien sind es nun aber auch, aus denen heraus
die lautesten Klagen über die gesetzliche Sonntags-
ruhe ertönen. In Altbayern und am Rhein, wo
das Zentrum zu Hause ist, hat man zuerst und
am weitgehendsten die ursprünglichen Ausfüh-
rungsbestimmungen mit Rücksicht auf die Stim-
mung der Bevölkerung zu mildern sich genöthigt
gesehen und jetzt tritt der konservative Reichstags-
abgeordnete Sabotellier in der Presse mit einem
Abänderungsvorschlag hervor, der von der Aus-
fassung ausgeht, man habe bei dem Verbot der
Sonntagsarbeit am ersten Dienst-, Pfingst- und
Weihnachtsfest „nur die kirchlichen Interessen,
welche sich mit den Gewohnheiten mancher Län-
derschaften, besonders des platten Landes decken, berück-
sichtigen, ohne auf die städtische Bevölkerung und die
ökonomischen bestehenden Verhältnisse Rück-
sicht zu nehmen“. Die „Nat.-Lib. Rev.“ schreibt
darauf:

„Der Sabotellier schlägt vor, den Schluß
der Geschichte für die zweiten Feiertage zu gebieten,
und bringt dafür gewichtige Gründe bei. Aber er
gibt, indem er auf das Interesse einerseits der
Verkauf, andererseits des laufenden Publikums
hinweist, den frühren Standpunkt seiner Partei
völlig preis, da diese die absolute Arbeitsruhe an
jeden Feiertagen deshalb mit finanziellen Mitteln
erzwingen, weil sie von der Kirche als die heiligen
betrachet werden. Der rechtskonservative Abge-
ordnete schreibt: „Man kann ja von streng kirch-
licher Auffassung aus die ersten Feiertage als die
höchsten, unbedingt heilig zu haltenden Festtage
ansehen, gewiß — auch ich habe dies bis jetzt
immer so gehalten. Indessen hat mich dies nicht
gehindert, an diesen Tagen in meinem Verufe
meinem Nächsten zu dienen wie an jedem Son-
ntag, an denen ja auch eigentlich alle Arbeit ruhen
müßte. Die kirchliche Feiertage hängen ja doch immer

von der persönlichen Stellung jedes Einzelnen ab
und kann deshalb nicht geboten werden.“ Das
wird ja wohl in der Hauptsache zutreffen, aber
wenn es vor vier Jahren ein Liberaler gesagt
hätte! Blasphemie wäre das Gekindste gewesen,
wenn er sich von den Parteigenossen des Herrn
Sabotellier hätte beschuldigen lassen müssen.“

— Da der Sultan beschlossen hat, die tür-
kische Marine bei den Küstenfestlichkeiten ver-
treten zu lassen, wird heute der Kreuzer zweiter
Klasse „Selvet Ruma“ von Konstantinopel nach
Kiel in See gehen.

— Die Stempelsteuer-Kommission des Abge-
ordnetenhauses hat gestern die Beratung des
Tarifs fort. Die Position Stempelsteuern (Haupt-
tarif) wurde 5000, Fiskalsteuern 3000, Grafen-
würde 1800, Freiherrenwürde 1200, Adel 600
Mark; Erhebung eines Güterkomplexes zu einem
Standesherrn, einem Herzogtum oder Fürstentum
6000 Mark, Kammerjunkerwürde 400 Mark,
Kammerherr 1200 Mark, Titel an Privatpersonen
300 Mark wurde unverändert angenommen. Bei
den Verträgen über vermögensrechtliche Gegen-
stände, wenn eine Gegenleistung verabredet ist,
wurde der Stempel von 1/10 Prozent, wie die
Vorlage will, auf 1/10 Prozent des Wertes der
Gegenleistung herabgesetzt, aber nicht unter 1,50
Mark. Bei der Position: Vollmachten, Ermäch-
tigungen und Aufträge wurde die Stala der
Regierungsverträge (500, 1000, 3000, 6000 und
10000 Mark: 0,50 Mark, 1 Mark, 1,50, 3, 5
Mark angenommen, fobann bis 50 000 Mark: 7,50
Mark Stempel festgesetzt, bei einem höheren Be-
trage 10 Mark und folgender Satz angehängt:
Steht der Bevollmächtigte in einem Dienstver-
hältnis zu dem Vollmachtgeber, oder ist der Wert
des Gegenstandes der Vollmacht nicht schätzbar,
so beträgt der Stempel 1,50 Mark. Ferner wurde
folgender Absatz beschlossen: „Schriftstücke, in
welchen jemand einem Dritten gegenüber erklärt,
daß er einem Anderen die Vornahme einer Ange-
legenheit rechtlicher Natur aufgetragen habe, sind
dem Stempel nicht unterworfen, sofern nicht die
Verkehrssitte eine Vollmacht in diesen Fällen er-
fordert und durch das Schriftstück die förmliche
Vollmacht umgangen werden soll.“ Schließlich
wurde noch die Position: Zeugnisse, amtliche in
Privatsachen 1,50 Mark und Beurteilungen der
Gerichtsvollzieher nach § 17 der Hinterlegungs-
ordnung 0,50 Mark genehmigt. — Damit ist die
erste Lesung des Tarifs beendet. Die Kom-
mission wird in der nächsten Sitzung zunächst
in die erste Lesung des Stempelsteuergesetzes
eintreten.

— Ein Berliner Geistlicher hatte dem Rektor
einer Gemeindefchule nachfolgendes Schreiben zu-
gehen lassen:

„Auf Veranlassung des Herrn Superinten-
den der Diözese Berlin II habe ich für die Be-
folgung des Erlasses des Herrn Ministers der
geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegen-
heiten vom 16. Januar 1892 (Zentralblatt für
die gesamte Unterrichtsverwaltung in Preußen,
S. 435), nach welchem die Kinder von Dissi-
den in den Volksschulen, nötigenfalls auch wider
den Willen der Eltern, zum Religionsunterricht
veranlassen werden können, betr. Falles forsjam
und nachdrücklich einzutreten, und habe ich über
die Lage dieser Sache in Bezug auch auf Ihre
Schule ausdrücklich Auskunft zu geben. Ihre
Wohlgeboren erlaube ich daher sehr ergebenst, mir
bis Ende Mai d. J. gefälligst darüber Mitteilung
machen zu wollen, 1. ob überhaupt Kinder von
Dissidenten in Ihrer Schule vorhanden sind? 2.
ob sie an dem Religionsunterricht Ihrer Klasse
theilnehmen? 3. ob in Betreff derjenigen Kinder
von Dissidenten, die am Religionsunterricht nicht
theilnehmen, etwas geschehen ist, um sie zu be-
sonderer heranzuziehen und event. was?“

Nun hatte aber die städtische Schul-
deputation in einer Verfügung vom 26. Oktober
1888 bestimmt, daß dergleichen Gesuche ihr vor-
gelegt werden sollen. Der betreffende Rektor
handte daher das bewußte Schreiben an die städ-
tische Schuldeputation. Diese hat der „Nat.-Lib.“
zufolge dem Geistlichen folgende Antwort zukommen
lassen:

„Der Rektor K. hat das Schreiben, welches
Eu. Hochwohlwürden unter dem 4. April d. J. an
denselben gerichtet haben, vorschriftsmäßig an uns
abgegeben. Wir erwidern ganz ergebenst darauf,
daß den Religionsgesellschaften nicht die Aufsicht,
sondern die Leitung des Religionsunterrichts —
nämlich nur für Kinder ihrer eigenen Konfession —
zusteht. Wir können Eu. Hochwohlwürden das
Recht nicht zuerkennen, die Art, wie wir die uns
obliegenden Dingen gewordenen Verfügungen befolgen,
zu kontrollieren. Städtische Schuldeputation. ge-
stirker.“

— Die „Berl. Rev.“ schreibt: „In dem
Falle des hiesigen Privatdozenten Dr. Aroms
handelt es sich nicht, wie einzelne Blätter glauben
machen wollen, um eine Verringerung der Univer-
sitäts-Verfassung, um einen Angriff auf die Ver-
freiheit und was dergleichen Schrecknisse und
Fälschungen mehr sind, sondern, wie neulich
schon die „Nat.-Lib.“ richtig bemerkt hat, lediglich
um die Frage, ob es einem im Uebrigen ein-
wandfreien Universitätslehrer erlaubt sein soll,
als Mitglied der sozialdemokratischen Partei, so-
zialistische Agitationen zu betreiben. Diese Frage
liegt gegenwärtig der philosophischen Fakultät als
der zunächst in Betracht kommenden Disziplin-
behörde vor. Sobald sie sich zur Sache geäußert
hat, wird der Unterrichtsminister die ihm zweifel-
los zustehende endgültige Entscheidung treffen.
Wenn es nicht darauf ankommt, unnütze Auf-
regung und Verwirrung herbeizuführen, wird
auch diese Entscheidung und deren Begrün-
dung abzuwarten.“

— Die Zahl der Beförderungen zu Diszi-
plinen ist im letzten am 1. April abgeschlossenen Jahr
erheblich größer gewesen als im Vorjahr. Sie
betrug 1069 gegen 901 in 1893-94. Im Jahre
1892-93 war sie mit 1169 allerdings noch
größer, wogegen keines der früheren Jahre diese
Zahl erreicht hat. Bei der Infanterie haben 605
(im Vorjahr 505), bei der Kavallerie 128 (129),
bei der Feldartillerie 224 (169), bei der Fuß-
artillerie 55 (41) beim Ingenieurkorps und den
Pionieren 41 (42), bei den Eisenbahnpionieren
7 (10) und beim Train 5 (9) Beförderungen
stattgefunden.

— Der auswärtige Handel Deutschlands
umfaßte im März 19759 717 Doppelzentner
(gegen 25 704 340 im gleichen Zeitraum des Vor-
jahres) an Einfuhr und 18 430 072 (18 586 989)
Doppelzentner an Ausfuhr. In der Zeit von
Januar bis Ende März betrug die Einfuhr

56 531 304 (66 291 424) Doppelzentner, die Aus-
fuhr 50 662 711 (50 958 299) Doppelzentner.

— Nach dem Gesetz vom 21. Juni 1889
und nach § 157 und § 169 des Gerichtsver-
fassungsgesetzes haben sich die Gerichte der ver-
schiedenen deutschen Bundesstaaten Rechtschüsse zu
leihen; dagegen fehlt es an näheren Vorschriften
darauf, inwiefern die Behörden berechtigt sind,
von Behörden anderer deutscher Staaten Beistand
zu verlangen. Besonders macht sich diese Lücke
fühlbar, wenn es sich darum handelt, ob Staats-
oder Gemeindeabgaben, die in dem einen Bundes-
staat im Rückstand geblieben sind, in einem an-
deren Bundesstaate im Verwaltungszwangsverfahren
eingeklagen werden können. Weist sich ja in diesen
Fällen die Rechtschüsse unter Voraussetzung der
Gegenseitigkeit gewährt worden; da aber über die
Rechtsfrage vielfach Zweifel entstanden sind, so soll
ein solches vom Bundesrath genehmigter Gesekent-
wurf den von den einzelnen Bundesstaaten ein-
ander zu leistenden Beistand für das Reich gesetz-
lich regeln. Es wird darin bestimmt, daß die
Behörden verschiedener Bundesstaaten auf Ersuchen
Beistand zu leisten haben 1. zum Zweck der Er-
hebung und Beitreibung der Zölle, der in die
Reichskasse fließenden Steuern und der Ueber-
gangsabgaben, der für einen Bundesstaat, für
politische, kirchliche und Schulgemeinden, sowie für
weitere kommunale und kirchliche Verbände einzu-
ziehenden öffentlichen Abgaben sowie sonstiger
öffentlich-rechtliche Verbände, Genossenschaften und
Anstalten, soweit diese Abgaben oder Beiträge nach
Landesrecht in derselben Weise beigetrieben werden;
2. zum Zweck der Durchführung des Verwaltungs-
strafverfahrens wegen Zuwiderhandlungen gegen
die Vorschriften über die Erhebung der in Nr. 1
bezeichneten Abgaben und Gefälle; 3. zum Zweck
der Vollstreckung von Vermögensstrafen, welche
durch polizeiliche Verfügung oder durch Verurtheilung
eines Gerichteamtse festgesetzt worden sind.

Altona, 2. Mai. Sämtliche hiesige Stadt-
verordneten haben ihre Zustimmung zu dem Ver-
liner Protest gegen die Umkehrvorlage erklärt.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 2. Mai. Da hier heute keine Morgen-
blätter erschienen, äußern sich erst die Abendblätter
über Danfys Rede gegen Agliardi. Der „Wett-
Korrespondenz“, der vielfach als Organ des Wiener Aus-
wärtigen Amtes verwendet wird, sagt Folgendes:
„Die wahrgenommene Folge der Beschwerde wird
sein, daß Wollfignore Agliardi's Weiben in Wien
nicht mehr lange sein wird. Wir erinnern uns
nicht, daß in neuerer Zeit und unter sonst feier-
lichen Begehrungen einem Vertreter einer aus-
wärtigen Macht so rundweg der Kampf wäre
gegeben worden, oder daß, wenn solches ge-
eignet hätte, man den Fall, der sich ja im Stillen
zwischen Kabinett und Kabinett abspielen kann, so
unverblümt an die Öffentlichkeit gebracht hätte.
Ob der ungarische Groß des Wollfignore Agliardi
allein zu dem Verfassen Anlaß gegeben, oder ob
die nicht minder frommen Werke, die der heilige
Vater recht fleißig in Oesterreich liest, das Maß
schon früher bis an den Rand gefüllt haben, ist
unbekannt. Wir müssen aber unsere Geug-
thung darüber aussprechen, daß Baron Danfys
seinen Augenblick zögerte, Ehre und Unabhängig-
keit des ungarischen Staates gegen fremde Ein-
mischung zu verteidigen und daß aus Graf Ra-
noffy in kurzem Prozesse die notwendige Kon-
sequenz dieser Abwehr zog. Hat Agliardi seinem
„apollinischen“ Ueberftr nur auf eigene Faust
getroht, so wird Kom unserer Regierung dankbar
sein, denn es hat Gelegenheit erhalten, an einem
hohen Diener der Kirche vor aller Welt ein
Exempel wegen anti-hierarchischer Aufhebung und
Zuchtlosigkeit zu statuieren. Hat aber der
Minister, was durchaus nicht unmöglich ist, nur
nach den Weisungen des Vatikans gehandelt und
gesehen, nun, so wird man in Rom durch den
Minister des Auswärtigen belehrt worden sein,
daß die Nachsicht der hierarchisch-ungarischen
Monarchie mit dem gegenseitigen feindseligen Treiben
des römischen Intrantigenenthums zu Ende ist
und die entscheidende Zurückweisung auf
der ganzen Linie beginnt.“ Andere Blätter
äußern sich in gleichem Sinne. Alle
eben die wunderbare Duldbarkeit der Kurie
gegen Frankreich und ihre Rücksichtslosigkeit gegen
Oesterreich-Ungarn als Mitglied des Dreibundes
hervor. Die Organe der äußersten Linken ver-
sichern der Regierung ihre Unterstützung, falls sie
mannhaft ausbleibt. Die Organe der Rechten
ind geradezu außer Rand und Band.

Frankreich.

Die Katastrophe von Bougey hat in Frank-
reich alsbald zur Aufwerfung der Frage geführt,
wem die Verantwortlichkeit für das Geschehene
beizumessen sei. Da der Staat durch seine Or-
gane die Zuspätkommen seiner Zeit hat erbanen
lassen und die Pflicht hatte, das Bauwerk ord-
nungsmäßig zu kontrollieren, so kann eine konse-
quente verantwortliche Vogt gar nicht anders, als dem
Staat alle Schuld aufzubürden. Gleichwohl darf
man billig bezweifeln, ob es dahin kommen wird.
Denn was ist im heutigen Frankreich der Staat
anders als die durch Deputierte des souveränen
Volkes vertretene Gesamtheit aller Bürger?
Wenn die Verwahrung der öffentlichen Ange-
legenheiten berufenen Organe ihre Aufgabe man-
gelhaft erfüllen, so fällt die Schuld dessen in letz-
ter Linie auf das souveräne Volk zurück, weil es
gerade diese und keine befähigtere Persönlichkeiten
auf die verantwortlichen Stellen stellte. Daß in
der jetzigen Republik den Mittelmäßigkeiten ein
weit größerer Spielraum und Einfluß verleiht
ist, als dem Interesse des Gemeinwohls dienlich
sein kann, ist in Frankreich selber kein Geheimnis,
aber hier die besternde Hand anzulegen, würde ein
Vollständiges Wuthes und persönlicher Initiative
erfordern, über welches weder die Männer
der Regierung, noch der regierungsfreundlichen
Parlamentsmehrheit verfügen. In den letzten
Jahren der heutigen Republik herrscht stillschwei-
gendes Einverständnis darüber, für nichts die
Verantwortung zu übernehmen, was aus früheren
Verwaltungen herfällt. So ist denn schließlich
die Staatsform selber der einzige ruhende Pol in
der Erscheinungen Flucht, und da diese, als Ver-
körperung der Gesamtheit, verantwortlich machen
so viel hieße, wie die Gesamtheit selber antastet,
so kann auch keine Rede davon sein, mit Gespio-
genheiten oder Institutionen ernstlich ins Gericht
gehen zu wollen, welche durch die Flagge der Re-
publik bedeckt sind. Man wird sich allenfalls zur
Veranlassung einer Enquete herbeilassen, aber im
gegebenen Augenblicke schon dafür Sorge tragen,
daß dieselbe halt macht. Und da im Punkte der

pekuniären Schadloshaltung für die Hinterbliebenen
der Opfer des Unheils die Regierung größte Frei-
gebigkeit in Aussicht stellt, so wird sich die jetzt
noch herrschende Erregung der Gemüther allmählich
besänftigen und von jeder ernstlichen Beschrän-
kung des in der französischen Verwaltung herr-
schenden Schemens der Routine Abstand nehmen.

Paris, 2. Mai. Ueber die Krankheit des
Herzogs von Orleans laufen allerlei Gerüchte
um. So viel steht fest, daß die Krankheit nicht
die Folge eines bloßen Pferdesturzes ist; vielmehr
begegnete der Herzog auf seinem Spazierritt in
der Nähe von Sevilla einem wilden Stier,
der das Pferd zu Falle brachte und dem Herzog
die Brust schwer verwundete. Hervorragende
Mediziner erhielten eine Depesche, wonach der
Herzog, falls er die Verwundung überlebe, jeden-
falls ein Krüppel bleiben werde.

Schweden und Norwegen.

Stockholm, 30. April. In der zweiten
Kammer des schwedischen Reichstags haben sich
endlich die freiständigen Elemente wieder zu einer
Partei zusammengeunden, indem am Montag
Abend die Volkspartei gegründet wurde, die frei-
stänige Abgeordnete aus Stadt und Land auf-
nehmen soll. Die 228 Mitglieder zählende zweite
Kammer bestand aus der alten freihändlerischen
und der neuen schützöllnerischen Landmänner-
partei, die erlere 73, die letztere 72 Mitglieder
hat, sowie dem 83 Mitglieder zählenden Zentrum,
das alle städtischen Abgeordneten umfaßt, ohne
daß deshalb das Zentrum eine einzige Fraktion
bilde, vielmehr stimmt ein Theil bald rechts,
bald links. Im Januar d. J. schlossen sich die
beiden Landmännerparteien, eine große Partei
die der Beginn des „neuen Systems“, des Schutz-
zolls, in zwei Hälften spaltete, wieder zusammen
und gleichzeitig fiel das ohnehin nur einen lofen
Zusammenschluß zeigende Zentrum in Trümmer,
was uns so auffallender war, als durch die
Wiedervereinigung der Landmännerparteien die
städtischen Interessen ins Hintertreffen gerathen
mussten. Andererseits war es allerdings schwer,
das Zentrum, das von den sehr links stehenden
Stockholmer Abgeordneten bis zu der sogenannten
Bürgermeisterpartei alle Schattierungen zeigte, zu
einer dauerhaften Partei zusammenzuschweißen.
Die neue „Volkspartei“, die auf Anregung des
liberalen Disziplinarsenats entstanden ist, zählt bis
jetzt 40 Mitglieder. In ihrem Programm ver-
langt die Partei die Verfassungsänderung, daß die
diplomatischen Angelegenheiten, die bisher dem
König nur in Gegenwart des Ministers des
und des Ministers des Auswärtigen von einem Staats-
rath vorgelegt zu werden brauchen, in Zu-
kunft im gesamten Staatsrath behandelt
werden sollen. Dem Reichstag soll das Mit-
bestimmungsrecht in der Frage über Krieg und
Friede, von Traktaten mit fremden Mächten zu-
stehen. Mit Norwegen wünscht die Partei eine
friedliche Lösung, sowie eine Festigung der Union
auf Grund der Gleichstellung mit einem gemein-
samem Minister des Äußeren, der Schwede oder
Norweger sein könne. Im Auslande wird ge-
meinsame Diplomatie vorausgesetzt. Diese Punkte
in der Unionsfrage bedien sich mit dem Programm
der norwegischen Rechte. Ferner wünscht die
Partei Einführung der offenen Abstammung im
Reichstage, Ausdehnung des politischen und
kommunalen Stimmrechts, größere Religions-
Meinungsäußerungs- und Versammlungsfreiheit,
Einschränkung der militärischen Ausgaben u. s. w.

Großbritannien und Irland.

London, 2. Mai. Im Unterhause legte
Schlagknight Harcourt das Budget vor. In dem-
selben wird der Ueberfch des vorigen Jahres
mit 766 000 Pfund, die Ausgabe des laufenden
Jahres mit 95 982 000 Pfund, die Einnahme mit
95 632 000 Pfund aufgeführt; das Defizit beträgt
also 350 000 Pfund. Die im vorigen Jahre auf
Einkommensteuer von 6 Pence
per Gallon soll bei ihrem Ablauf im Juli dieses
Jahres aufgehoben werden, dagegen soll die im
vergangenen Jahre für ein Jahr eingeführte Zu-
schlagssteuer von 6 Pence per Barrel Bier auch
in diesem Jahre wieder erhoben werden. Der
dadurch sich ergebende Ueberfch wird auf 181 000
Pfund geschätzt.

Griechenland.

Athen, 2. Mai. Die athenische Presse
veröffentlicht heute folgende Drahtmeldung aus
Cypern: Die griechische Bevölkerung der Provinzen
Nicosia und Kirinia nahm in großer Veramun-
lung einen Beschluß an, wonach sie Abschaffung
des türkischen Tributs und Anektion an das
Königreich Griechenland verlangt, sowie der Ent-
schlung landguthen wird, jeder anderen Lösung mit
Gewalt entgegenzutreten, falls die Insel von
England geräumt wird. Nach den heute hier an-
gekommenen cyprischen Zeitungen werden auf der
ganzen Insel zum nächsten Dienstag, dem Namen-
fest des Königs von Griechenland, große Demonstra-
tionen geplant und überall Massenversammlungen
zu Gunsten obiger Forderungen einberufen. Es
sind schon in allen Städten und Dörfern Cyperns
Ausgüsse vom Volke gewälzt worden. Das
ganz griechische Element, ungefähr sieben Neuntel
der ganzen Bevölkerung, befindet sich in großer
Erregung über diese Frage.

Triest's einziges Presseorgan stellt heute sein
Ergehen ein, da dieser nicht mehr in aktiver
Politik steht. Die Frage, ob das gegenwärtige
Ministerium jetzt zurücktreten oder bis zur parla-
mentarischen Prüfung der Wancate bleibt, wird
nachdem Mittwoch nach der Rückkehr des Königs
und dem Eintreffen der endgültigen Wahlergebnisse
geregelt. Die Delegationen sind natürlich unge-
duldig. Es wird aber wohl die Meinung überwiegen,
daß die Wancatprüfung unter Aufsicht
einer nicht parteiischen Regierung geführt werden
soll.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 3. Mai. Vom 5. Mai d. J. ab
kommen die auf Weiteres an jedem Sonn- und
Festtag zwischen Stettin und Pödebusch bezw.
Finkenwalde, Alt-Damm und Hohenfurg folgende
Personen-Sonderzüge zur Abfahung:
A. nach Pödebusch. Abfahrt von Stettin 10¹⁵
Vorm., 1⁰⁰, 2¹⁵ und 3¹⁵ Nachm. Rückfahrt von
Pödebusch 10⁵⁵ Vorm., 2⁴⁵, 7⁰⁰, 8⁵⁰ und 10⁴⁰
Nachm. B. nach Finkenwalde und Alt-Damm:
Abfahrt von Stettin 9⁰⁰ Vorm. und 1³⁵ Nachm.
Der um 9⁰⁰ Vorm. abgehende Zug fährt bis
Hohenfurg. Rückfahrt von Hohenfurg Abends 7⁵⁰
von Alt-Damm 8⁰² und von Finkenwalde 8¹⁷.
Zu diesen Zügen werden Sonntags-Sonder-Rück-

fahrkarten nach Pödebusch oder Finkenwalde zum
Beize von 50 Pf. in 2. und 35 Pf. in 3. Klasse,
nach Alt-Damm zum Beize von 60 bezw. 40 Pf.
und nach Hohenfurg zum Beize von 1 Mark
bezw. 70 Pf. ausgegeben, welche auch zur Be-
nutzung der zu nachfolgenden Zeiten abgehenden
Personenzüge berechtigt: von Stettin nach Pöde-
busch: Abfahrt 6³⁰, 7⁴⁷ und 11²¹ Vorm. und 8⁰⁰
Nachm. Rückfahrt von Pödebusch 5⁰⁰, 7⁰⁰ und 8⁵⁵
Vorm. und 1³⁷ Nachm., sowie von Stettin nach
Finkenwalde, Alt-Damm und Hohenfurg Abfahrt
Stettin 5²⁵ Vorm., 1⁰⁰ Nachm. (nur nach Hohen-
furg), 5¹⁰ Nachm. (nur bis Alt-Damm), 7⁴⁵
Nachm. Rückfahrt von Hohenfurg 7¹⁵, 9⁵⁵ Vorm.,
12⁴⁰, 4⁵⁵ und 9²² Nachm. Nähere Angaben ent-
halten die besonderen zum Anhang gelangenden
Befanntmachungen.

— Auch von Berlin aus trifft Sonntag
Morgen der erste diesjährige Sonderzug hier
ein, im Anschluß an denselben veranlaßt die
Höberei Braendroch eine Sonderfahrt mit dem
Dampfer „Wiedroh“ nach Söminde.

— Mit Sonntag, den 5. d. M., beginnen
wieder die regelmäßigen Fahrten nach Pöde-
busch mit den Dampfern der Koenigschen
Höberei.

* Der Vorstand der Invaliditäts-
und Altersversicherungsanstalt Pom-
mern giebt bekannt, daß mit dem 1. April der
bisherige Kontrollbeamte für den Stadtkreis
Stettin, Rentier C. Hofmeister, auf seinen Antrag
von dem Amte entbunden und zum Nachfolger
desselben der Dreher F. Hagemann ernannt ist.

* Im Monat April kamen bei dem hiesigen
königl. Standesamt zur Anmeldung: 351
Geburten (gegen 404 in demselben Monat des
Vorjahres), 283 Sterbefälle (247), 150 Ehe-
schlüsse (120) und 118 Aufgebote (120).

— Der Regierungs- und Baurath Schüller,
bisher in Straßburg, ist als Mitglied an die
königliche Eisenbahn-Direktion in Bromberg ver-
setzt worden.

— Der bisherige Rechtsanwält und Notar
Wilhelm Max Robert Schimmelpennig
aus Finkenwalde ist unter Ernennung zum
Regierungs-Assessor der königlichen Regierung zu
Köslin zur ferneren dienstlichen Verwendung als
Justizarius überwiefen worden.

— Hessa Klinkhammer wird sich am
Sonntag Abend im Bellevue-Theater in einer
neuen Rolle vorstellen, als „Gismonda“ in dem
gleichnamigen Schauspiel von Sardou. Am
Nachmittag gelang „Bernand's Ehelontrakt“ mit
Herrn Dr. Schürmer als „Bernand“ bei kleinen
Preisen zur Aufführung.

* Das Schwurgericht verhandelte in
der heutigen Sitzung gegen den städtischen Voll-
ziehungsbeamten Karl Rudolf Wilhelm Hader
von hier, dem Unterschlagung anlich anvertrauter
Gelder zur Last gelegt wurde. Der Angeklagte
wurde am 8. Februar 1893, nach einjähriger
Probezeit, als städtischer Beamter vereiert, seine
Pflichten bestanden hauptsächlich im Ein-
ziehen rückständiger Steuern. Zu dem
Zweck erhielt H. eine Kesselle, in welcher die be-
treffenden Steuerpflichtigen, sowie die von den-
selben zu zahlenden Beträge verzeichnet waren.
Die eingezogenen Gelder sollten der Regel nach an
jedem Abend abgeliefert werden, wenn jedoch nur
wenig Geld einging, so verfrachten wohl auch zwei
bis drei Tage eine Abrechnung erfolgte. In der
Zeit vom November 1893 bis August 1894
soll man der Angeklagte in 43 Fällen Beträge,
welche er eingezogen hatte, hinter sich behalten
und, um die Unterschlagung zu verdecken, die
Eintragungen in der Kesselle unterlassen haben.
Die einzelnen Steuerbeträge bewegten sich von 50
Pfennig aufwärts bis zu 52,50 Mark, die Ge-
sammtsumme der unterschlagenen Gelder wird auf
400 bis 500 Mark angegeben. Der Angeklagte
ofterteit, sich der Unterschlagung schuldig gemacht
zu haben, er habe zwar die in Rede stehenden
Beträge erhalten, sei aber niemals willens ge-
wesen, dieselben dem Stadtkassirer vorzuenthalten.
Die unterschlagenen Eintragungen in die Kiste wären
auf Versehen in Folge von Krankheit zurückzu-
führen. Die Abrechnung der Unregelmäßigkeiten
erfolgte gelegentlich einer am 23. August 1894
eingetretenen Erkrankung des H., welche von an-
derer Seite allerdings nur als schwerer Magen-
leiden angesehen wurde. In Folge der Krank-
meldung erschien ein Magistratsbeamter in der
Wohnung des Angeklagten, um die etwa noch nicht
abgelieferten Gelder in Empfang zu nehmen, H.
sagte jedoch, er habe keinerlei Gelder hinter sich,
eine Angabe, deren Unwahrheit sich bald heraus-
stellte. Natürlich wurde H. entlassen und will er
dann noch 400 Mark zur Zahlung angeboten
haben, jedoch sei er abgewiesen worden. Schließ-
lich habe er, da das Gehalt der letzten zwei Mo-
nate und die bis auf 840 Mark angesammelte
Kassation einbehalten wurden, das Geld zum
Lebensunterhalt angegriffen. — Die Verhandlung
wurde zwecks weiterer Beweishebung ver-
tagt, es sollen noch diejenigen Personen vernom-
men werden, bei denen H. die nach Bezahlung der
Anlage unterschlagenen Gelder eingezogen hat.

Mit der heutigen Sitzung war die gegen-
wärtige Schwurgerichtstagung beendet und entließ
der Vorsitzende die Geschworenen mit Worten des
Dankes für deren Mithewaltung.

* Die heute geschlossene, dritte diesjährige
Schwurgerichtstagperiode umfaßte nur vier
Sitzungstage, an denen sechs Verhandlungen statt-
fanden. Von letzteren wurde eine vertagt, die
höchsten endeten mit Verurtheilungen und betrug
die höchste erkannte Strafe 6 1/2 Jahr Zuchthaus,
die niedrigste eine Woche Haft. Insgesamt wurden
an Strafen verhängt 11 Jahre und 6 Monate
Zuchthaus, 1 Jahr und 6 Monate Gefängnis und
1 Woche Haft. Die zur Aburtheilung gekommenen
Verbrechen waren bezeichnet: als Kindesmord
in 2 Fällen, als Raub, Stillschleichenverbrechen und
Widerstand gegen einen Polizeibeamten in je einem
Falle.

— Ueber die würdige Feier der bevorstehen-
den kriegerischen Gedenktage von 1870/71
sind in der Kriegszeitung „Parole“ neuerdings
treffliche Vorschläge gemacht, welche die Beachtung
aller Mitbürger von 1870/71 verdienen. In
erster Linie wird die Veranlassung von „Kom-
battanten-Appellen“ empfohlen, welche von den be-
stehenden Vereinen der ehemaligen Angehörigen
der verschiedenen Regimenter und — wo dieselben
fehlen — von „Feld-Komitees“, die sich in den
einzelnen Regimentsgarnisonen aus alten Kameraden
bilden, veranlaßt werden sollen, möglichst im
Anschluß an die von den Mutter-Regimenten pro-
jektirten Gedenktagstage. — Sodann wird für
diesigen Kameraden, welche das Geld dazu haben,

